

Zeitschrift:	Schweizer Spiegel
Herausgeber:	Guggenbühl und Huber
Band:	46 (1971)
Heft:	2
Artikel:	Zwischen Volk und Regierung : public relations für Stadt und Staat
Autor:	Roth, Heidi
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-1080094

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zwischen Volk und Regierung

Public Relations für Stadt und Staat

Von Heidi Roth

Staat – in diesem Fall Sammelbegriff für:
Oberen,
Amtsschimmel,
alle Sorten Behörden,
Ämter,
Kommissionen,
Räte,
was man halt als Volk so über sich hat.

Dass wir «über» sagen statt «neben», muss Erbe jener Zeit sein, da es noch gnädige Herren und Untertanen gab und man zwar schimpfen und gelegentlich fragen durfte, aber keine Antwort erwartete.

Heute ist das anders. Auch zwischen Staat und Bürgern geht es eher anti-autoritär zu, so abgegriffen das Wort ist. Man will informiert sein. Will nicht nur reklamieren, sondern auch Abhilfe sehen. Will nicht nur wissen, dass ... sondern auch: warum.

Aus informations-unfreudigen Behörde-Zeiten lernten die Solothurner vor ein paar Jahren, dass es so nicht weitergehen könne. Als es galt, den neuen Stadtammann zu wählen, schlossen deshalb alle drei Kandidaten die Informationspolitik in ihr Plädoyer ein. Der jetzt Stadtammann ist, Fritz Schneider, 41 Jahre alt, hielt, was er versprach: er setzte durch, dass seine Stadt eine Public Relations- und Informationsstelle bekam. Am 5. Mai 1970 wurde Sebastian Leicht, 35, ehemaliger Lehrer und Lokal-Redakteur der «Solothurner Zeitung», zum zweiten gewählt, ab 15. Mai führte er die Kontaktstelle zwischen Volk und Staat halbtags, seit 1. Januar 1971 ganztags. Das Experimentierstadium ist vorbei, das Experiment gelungen.

Kein leichter Job für Sebastian Leicht

In der Stellenbeschreibung steht unter dem Stichwort Zielsetzung: «Schlagwort: Transparenz der Gemeindepolitik, d. h. Pflege der Beziehungen der Einwohnergemeinde der Stadt Solothurn zur Öffentlichkeit durch eine

sachgerechte Information über die Tätigkeit der Behörden und der Verwaltung (Externe Information), Sammlung und Weiterleitung der Informationen von aussen an Behörden und Verwaltung (Interne Information). Werbung für die Stadt Solothurn (Image-Bildung).

Zur externen Information zählen mündliche und schriftliche direkte Auskünfte auf Anfrage, Berichterstattung aus Gemeinderats- und anderen Kommissionen durch Presse-Communiqués, Artikel und Reportagen, Pressekonferenzen, Presseführungen, Stellungnahmen zu Zeitungsartikeln und Leserbriefen, dazu Kontakte zu Radio und Fernsehen.

Zur internen Information gehören

Weiterleitung von Anfragen, Reklamationen, Anregungen an die entsprechenden Stellen, Dokumentation von Presseartikeln, Archivierung und Weiterleitung von Presseartikeln, die thematisch in den verschiedenen Verwaltungsabteilungen interessieren.

Zur Werbung rechnet man in Solothurn die Kontaktnahme mit Vereinen und Institutionen, mit der Wirtschaft, mit Kunst und Kultur, mit Tagungsgästen, den Verkehrsvereinen und Reisebüros.

Und ausserdem steht Leicht dem Stadtammann als «Ghostwriter», als Formulierer sozusagen, zur Verfügung. Kurz und gut: er soll auch menschlich eine Brücke bilden, das Klima verbessern. Das tut er auch.

Menschlichkeit auch von Staates wegen!

In seinem Büro in der Stadtverwaltung, leger angetan mit Manchesterhose und Pullover, gar nicht bürokratisch, (an der Wand eine Riesenphoto aus der Journalistenzeit «Interview mit einem Gorilla»), setzt Leicht seine Arbeit in Farbe um:

«Man kann natürlich darüber lächeln, dass ich auch gratulieren, kondolieren, begrüssen und verabschieden soll. Aber in unserer Zeit der Vereinsamung, der Kontaktchwierigkeiten, der Neurosen und Psychosen soll man menschliche Beziehungen, die berühmten ‚Human Relations‘ wo immer möglich, also auch von Staates wegen, pflegen. Da ist der Fall des Solothurners, der jahrelang an einem Volksmarsch im Ausland teilnahm und dabei immer mit dem gleichen Sergeanten einer afrikanischen Armee Völkerverständigung betrieb. Diesen Sergeanten haben wir nun eingeladen, das nächste Mal seinen Marsch-Kollegen nach Solothurn zu begleiten, und wir werden ihm einen kleinen Empfang bereiten. Da ist die alte Klavierlehrerin – 90. Geburtstag! Generationen von Solothurnern haben an ihrem Piano geschwitzt. Fällt den Behörden eine Zacke aus der Krone, wenn die alte Dame auch von uns Grüsse und

Glückwünsche erhält?

Nicht zu unterschätzen sind auch die Probleme, die anderswo in die Rubrik Leserbriefe der Zeitungen wandern. Muss sich einer darüber ärgern, dass man um einen Brunnentrog aus Solothurner Kalk ausgerechnet Bodenplatten aus Dänemark lege, so schreibt er das heute ‚seiner‘ Informationsstelle. (Und bekommt, möglichst postwendend, die Auskunft, dass es sich eben nicht um dänische, sondern um zwar nicht solothurnische, dafür wenigstens um bernische handle. Es seien Jurakalk-Steine aus Laufen.)

Ebenfalls bei der Informationsstelle reklamieren die Anwohner des Friedhofplatzes, der ehemaligen Pfalz aus der Zeit des Stauffen-Königs Konrad II. Sie wollen wissen, warum der Platz nach dem Säulimärt nicht mehr, wie früher, am Abend gespritzt werde. Ihre Nasen sind beleidigt. Sie erfahren auf dem Umweg über den Stadtgenie, dass die alten Steine halt auf einem Kiesbett ruhen, dass dieses Kies durchs Spritzen weggeschwemmt und der Platz locker und unsicher werde. Man suche eine Möglichkeit, die Unterlage zu fixieren. Mit anderen Worten: es stinkt noch immer. Aber man weiss wenigstens warum.

Zuviel Aerzte?

Der Kontaktmann ist also auch Ombudsman, nach skandinavischem Muster. Hauptsache: der Bürger ist über die kleine Welt seiner Stadt besser informiert als zuvor. Er kann in seinem Leibblatt auch lesen, was seine Behörden vorbereiten, worüber sie reden, was sie studieren. Er nimmt an der Entwicklung der Geschäfte teil und wird nicht nur über ihren Abschluss informiert. Er lernt die modernen Aufgaben seiner Gemeinschaft im Detail kennen, Verkehr, Museumsfragen, Parkraum-Beschaffung, Kehrichtverwertung ...

Pressefreiheit bedroht?

Schrieb ein ehemaliger Kollege, die Communiqués seien verkappte Manipulation, die Pressefreiheit sei bedroht. Das ist dummes – und wohl auch eifersüchtiges – Geschwätz. Jeder Journalist hat natürlich weiterhin die Möglichkeit und das Recht, seine Auskünfte einzuholen, zu recherchieren. Niemand will der Presse das Maul verbinden; will ihr ja im Gegenteil Material liefern, kann an die richtigen Stellen verweisen und wird, das muss man auch sagen, dabei vorarbeiten und von den Dingen reden, die vielleicht gar kein anderer aufgegriffen hätte! Wenn die Lokalteile der Zeitungen von Solothurn jetzt darum wetteifern, ihre Leser noch besser, noch totaler, noch recherchierter zu informieren ... um so schöner.

Nachzutragen bliebe noch, dass die Public Relations- und Informationsstelle direkt dem Stadtammann unterstellt ist und also vor langen Behörden- und Ämterumwegen von vorneherein bewahrt bleibt. Und, ebenso schön: Nachahmer sind schon gefunden. Neuenburg hat sein städtisches Informationsbüro. Der Kanton Baselland eröffnete am 1. November 1970 eine offizielle Stelle für Dokumentation und Information in der Landeskanzlei in Liestal. Die Exposés, die zur Schaffung der Solothurner Stelle führten, werden immer wieder angefordert und offenbar auch studiert!

In der von politischen Leidenschaften geschürten Diskussion um den Ärztebedarf bestehen nur wenige unbestritten Fixpunkte. Dazu gehören ein derzeitiger Ärztemangel und gewisse statistische Zahlen der Vergangenheit. Sobald es aber darum geht, den zukünftigen Bedarf an Ärzten abzuschätzen und ihm das voraussichtliche Angebot gegenüberzustellen, gehen die Meinungen auseinander. Eine objektive Überprüfung, wie sie beispielsweise die Kommission für Wissenschaft und Forschung des Nationalrates im Dezember 1970 beschloss, wird voraussichtlich ebenso umstritten bleiben, wie alle bisherigen. Denn «ob wir 1980 zuviel oder zuwenig Akademiker haben werden, ist nicht eine Sache von Statistiken und Zahlen, sondern von politischen Entscheidungen». So Regula Renschler in der Schaffhauser AZ vom 4. Dezember 1970.

Man darf also von meinem Artikel nicht erwarten, dass er eine sichere Prognose liefert. Es kann nur darum gehen, die Momente — sichere und ungewisse — aufzuzeigen, welche Ärzteangebot und -bedarf beeinflussen. Dabei wäre es gerade beim Arzberuf wünschbar, dass das Zukunftsbild einigermaßen bestimmt sei. Denn diejenigen, welche heute mit dem Medizinstudium beginnen, werden erst 1977/78 als Assistenten ihre berufliche Laufbahn beginnen und sich ungefähr zehn Jahre später, also erst weit in den achtziger Jahren möglicherweise als freipraktizierende Ärzte etablieren. Ihnen kann es nicht gleichgültig sein, ob sie in sieben Jahren eine Assistentenstelle an einem Spital finden und ob sie in siebzehn Jahren auch tatsächlich ihr wirtschaftliches Auskommen als Arzt haben werden.

Doch vorweg einmal die nüchternen Zahlen der bisherigen Entwicklung: Von 1940/41 bis 1961/62 bewegte sich die Zahl der Medizinstudenten schweizerischer Herkunft zwischen 1831 und 2314 im Jahr. Sie war also verhältnismässig stabil. Dasselbe gilt für die Diplomierungen. Wenn man be-

denkt, dass sich die Wohnbevölkerung von 1941 bis 1960 von 4,2 Millionen auf 5,4 Millionen erhöhte und dass auch die Nachfrage des Einzelnen nach ärztlicher Behandlung in dieser Zeit anstieg, dann wird die heutige Mangelsituation ohne weiteres verständlich.

Zukunftsprognosen

Seit 1962 hat sich nun aber das Bild völlig verändert. Die Zahl der Medizinstudenten schweizerischer Herkunft hat sich im Vergleich zur Höchstzahl der Jahre 1940 bis 1962 mehr als verdoppelt, nämlich 1968/69 4594 und 1969/70 5024. Bei den Diplomierungen setzte dieselbe Entwicklung ungefähr sieben Jahre später ein, das heisst mit der durch die Studiendauer begründeten Verzögerung. Diplomierungen 1968: 381, 1969: 396. Es ist anzunehmen, dass sich die Zahl der Diplomierungen im Vergleich zu jener der fünfziger Jahre in kurzem auch mehr als verdoppeln wird, denn 1963 bestanden 335 Studierende das zweite propädeutische Examen (nach fünf Semestern Studium), 1969 bereits 689. Schon 1972 werden also jährlich 500 und mehr Ärzte ihr Diplom bestehen und ihre Weiterbildung als Assistenten anzutreten wünschen. Die Zahl jener Studierenden, die heute das erste propädeutische Examen bestehen, das nach zwei Semestern absolviert wird, lässt auch ziemlich sichere Schlüsse auf die Zahl der Diplomierungen in fünf bis sechs Jahren zu. 1969 haben 1014 dieses erste Examen bestanden gegenüber etwas mehr als 300 in den fünfziger Jahren. Es waren also 1969 dreimal mehr. Man kann daher spätestens für das Jahr 1975 mit rund 700 neudiplomierten Ärzten jährlich rechnen, gegenüber 248 beziehungsweise 232 im fünften Jahrzehnt. Bewegen wir uns hier auf einigermaßen sicherem Boden, wird dieser bei den Prognosen bereits unsicher. Erstaunlicherweise kommen trotzdem verschiedene bisherige Gutachter (Kommission Gsell und Jermann) in der Schätzung des Ärztebedarfs für